



Innenministerium | Postfach 71 25 | 24171 Kiel

Kreise und kreisfreie Städte
des Landes Schleswig-Holstein
- Sozialämter -
- Ordnungsämter / Ausländerbehörden -

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:
Mein Zeichen: IV 613 - 483.0222.140
Meine Nachricht vom: 3.9.2007

Kai-Hendrik Schlenger
Kai-Hendrik.Schlenger@im.landsh.de
Telefon: 0431 988-3263
Telefax: 0431 988-3291

Nachrichtlich:
Landesamt für Ausländerangelegenheiten
Schleswig-Holstein
Haart 148

24539 Neumünster

16. Oktober 2008

Durchführung des Asylbewerberleistungsgesetzes (AsylbLG);

Urteil des Bundessozialgerichtes (BSG) zu § 2 AsylbLG

Anlässlich eines Urteils des Bundessozialgerichtes vom 17.6.2008 zu § 2 AsylbLG, dessen Urteilsgründe mir nun vorliegen, gebe ich zu den beiden Tatbestandsmerkmalen der Rechtsvorschrift folgende Durchführungshinweise:

a) Erfüllung der 36- (48-) Monatsfrist

Das Bundessozialgericht hat entschieden, dass es sich bei der 36-Monatsfrist in § 2 AsylbLG (seit 28.8.2007: 48 Monate) um eine so genannte Vorbezugszeit und nicht um eine reine Wartefrist handelt, innerhalb derer es vollkommen unerheblich wäre, ob und welche Sozialleistungen der Ausländer bezogen hat. Dies ergibt sich nach Auffassung des BSG aus dem zwingenden Wortlaut der Vorschrift. Das bedeutet, dass die Frist von 48 Monaten nur durch den Bezug von Leistungen nach § 3 AsylbLG (Grundleistungen) erfüllt werden kann.

Insoweit sind meine Hinweise in meinem Erlass vom 3.9.2007 zur Anrechenbarkeit von Sozialleistungen nach dem BSHG, SGB II, SGB XII und § 2 AsylbLG auf die 48-Monatsfrist überholt und können insoweit von mir nicht mehr aufrechterhalten werden.

Infolge des o.a. BSG-Urteils sind von den Leistungsbehörden in Schleswig-Holstein nunmehr alle Akten von Leistungsempfängern nach § 2 AsylbLG dahingehend zu überprüfen, ob die betreffenden Personen bereits über eine Dauer von 48 Monaten Grundleistungen nach § 3 AsylbLG erhalten haben. Leistungsempfänger nach § 2 AsylbLG, die bisher weniger als 48 Monate lang Grundleistungen erhalten haben, sind ab sofort wieder auf Leistungen nach § 3 ff. AsylbLG umzustellen und entsprechend zu

bescheiden, bis auch sie diese Leistungsvoraussetzung erfüllt haben. In diesen Fällen bitte ich auch § 264 Abs. 2 SGB V zu beachten. Für die Dauer der Leistungszurückstufung findet diese Rechtsvorschrift keine Anwendung mehr.

b) Rechtsmissbräuchliche Beeinflussung der Aufenthaltsdauer

Nach Ablauf der o.a. Vorbezugszeit von 48 Monaten hat die Leistungsbehörde regelmäßig zu prüfen, ob der Leistungsempfänger die Dauer seines Aufenthalts rechtsmissbräuchlich beeinflusst hat. Auch zu dieser Thematik hat das BSG in seinem Urteil vom 17.6.2008 Leitlinien festgelegt.

Unter den Randziffern 31-44 der Urteilsgründe setzt sich der 8. Senat ausführlich mit dem o.a. Tatbestandsmerkmal auseinander. Unter Randziffer 32 wird übergeordnet darauf verwiesen, dass der Begriff des Rechtsmissbrauchs als vorwerfbares Fehlverhalten sowohl eine objektive (Missbrauchstatbestand) als auch eine subjektive Komponente (Verschulden) beinhaltet. Das Gericht verweist an dieser Stelle darauf, dass es für eine Bejahung des Rechtsmissbrauchs und in der Folge eine Verweigerung von Analogleistungen nicht ausreichend ist, wenn die Dauer des Aufenthalts auf Gründen beruht, die zwar im Verantwortungsbereich des Leistungsempfängers liegen, jedoch nicht aus Vorsatz herbeigeführt worden sind. Ein Rechtsmissbrauch kann daher bei lediglich fahrlässigem Verhalten des Ausländers nicht unterstellt werden (siehe auch Randziffer 39). Daraus folgt, dass die Leistungsbehörde individuell prüfen muss, inwieweit ein vorwerfbares Fehlverhalten auch tatsächlich bewusst herbeigeführt worden ist. Dieser Punkt wird aus meiner Sicht in der Praxis zu Schwierigkeiten führen.

Desweiteren hat der für das AsylbLG nunmehr zuständige 8. Senat die Rechtsprechung des früheren 9b-Senats (Urteil vom 8.2.2007) aufgegeben, wonach eine rechtsmissbräuchliche Beeinflussung der Aufenthaltsdauer regelmäßig bejaht werden konnte, wenn trotz einer vorübergehenden Aussetzung der Abschiebung (Duldung) die betreffende Person nicht freiwillig ausgereist ist, obwohl diese möglich und auch zumutbar war. Nach Auffassung des BSG ist es widersprüchlich, einerseits den Aufenthalt eines Ausländers vorübergehend zu dulden und ihm gleichzeitig den Aufenthalt als Rechtsmissbrauch vorzuwerfen, obwohl der Staat selbst zeitweise darauf verzichtet, die Ausreisepflicht durchzusetzen. Weiter führt das BSG aus, dass die Nichtausreise des Ausländers trotz formaler Ausreisepflicht keinen Rechtsmissbrauch darstellt, sondern allenfalls die Gründe, die zur Erteilung der Duldung geführt haben. Hat der Ausländer die Gründe für die Erteilung der Duldung zu vertreten, hat er also selbst Einfluss auf das Geschehen genommen, so kann nur deshalb ein Rechtsmissbrauch bejaht werden, nicht jedoch wegen der bestehenden Ausreisepflicht. Meinen Erlass vom 13.4.2007 zum Urteil des BSG vom 8.2.2007 hebe ich daher auf.

Mit freundlichen Grüßen

gez.

Kai-Hendrik Schlenger

Anlage: Urteil des BSG v. 17.6.2008 zu § 2 AsylbLG